



# Berufsbildung aktuell

02/2006



Infodienst für Berufsbildungsausschüsse & Prüfungsausschüsse bei Industrie und Handwerk

## • Die News

### DGB startet Ausbildungsplatzinitiative

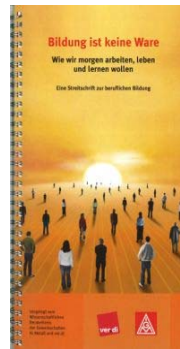
Der DGB-Bundesvorstand hat ein Initiativprogramm zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation beschlossen. Darin fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für jeden Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung. Wartschleifen sollen verhindert, Ausbildungszeiten nicht verlängert werden. Jugendliche sollen individuelle Angebote und Hilfen erhalten, bei der Berufswahl und während der Berufsausbildung.

Der bisherige Ausbildungspakt zwischen Arbeitgebern und Regierung ist ohne Wirkung für über 100.000 Jugendliche. Die Gewerkschaften werden sich deshalb auch zukünftig nicht an Veranstaltungen beteiligen, die nur einen Appellcharakter haben und ohne Verbindlichkeit sind. Statt zu appellieren engagieren sich Gewerkschafter/innen schon immer konkret für die Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes und gegen Ausbildungsplatzabbau.

Mit einer **zehn Punkte umfassenden Initiative** sollen diese Aktivitäten verstärkt werden. **Ein wichtiger Punkt der Initiative betrifft die Kammern und Berufsbildungsausschüsse.** Vier konkrete Maßnahmen sollen vor Ort angegangen werden. Mehr dazu unter „Das Thema“ und „Vor Ort“ auf den folgenden Seiten.

### Wissenschaftler legen Streitschrift zur Berufsbildung vor

14 namhafte Wissenschaftler haben im Auftrag von ver.di und IG Metall eine Streitschrift zur beruflichen Bildung vorgelegt. Die Broschüre mit dem Titel **„Bildung ist keine Ware - Wie wir morgen arbeiten, leben und lernen wollen“**



kann kostenlos online bestellt werden, lediglich die Versandkosten müssen vom Besteller übernommen werden.

[www.igmetall-wap.de](http://www.igmetall-wap.de)

### Noch keine gemeinsame Geschäftsordnungsempfehlung für IHK-Berufsbildungsausschüsse

Ob es, wie für den Handwerksbereich, eine gemeinsame Geschäftsordnungsempfehlung von DGB und DIHK geben wird, steht auf der Kippe. Von Kammervertretern gibt es, insbesondere zur Frage der Qualitätssicherung, wohl Widerstände. Für den DGB ist der Handwerkskompromiss die unterste Messlatte. **Bis Mitte März will der DIHK entscheiden.** Sollte es in dieser Woche nicht zu einer Verständigung kommen, bedeutet das, die Arbeitnehmerbänke im IHK-BBA müssen einzeln eine Geschäftsord-

nung durchzusetzen. Der gewerkschaftliche Vorschlag zur Qualitätssicherung lautet dann:

#### § 2 Aufgaben

*Der Berufsbildungsausschuss ist in allen wichtigen Angelegenheiten der beruflichen Bildung zu unterrichten und zu hören. Er hat im Rahmen seiner Aufgaben auf eine stetige Entwicklung der Qualität der beruflichen Bildung hinzuwirken und hierzu insbesondere die an der Berufsbildung Beteiligten bei der fortlaufenden Qualitätssicherung und beim Qualitätssicherungsmanagement zu unterstützen.*

#### § .. Unterausschüsse

*Der Ausschuss kann nach Bedarf Unterausschüsse bilden. Unterausschüsse sollen insbesondere an der Qualitätsentwicklung der Beruflichen Bildung im Sinne von § 2 Absatz 1 Satz 2 dieser Geschäftsordnung mitwirken. Zur Koordination sollte ein Qualitätsausschuss eingerichtet werden.*

### Erfahrungen mit der Mitbestimmung

Auch in anderen Mitbestimmungsgremien der beruflichen Bildung gibt es nicht nur eitel Sonnenschein. Insofern: Nicht nur in den BBA gibt es Frust, aber eben auch manchmal Freude. Mehr dazu in unseren „Vor Ort“-Bericht aus der letzten Beratungsrunde des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung.

## • BBA TOP´s

An dieser Stelle schlagen wir Euch TOP´s für die nächste Sitzung des BBA vor:

1. Tagesordnungspunkt „Regionale Ausbildungsplatzsituation und Initiative zur Förderung von betrieblichen Ausbildungsplätzen“ einfordern.

## • Das Zitat

*Wenn du denkst, Bildung ist zu teuer, versuch's mit Dummheit.*

*("If you think education is expensive, try ignorance.")*

Derek Bok, Präsident der Harvard Universität (USA) a.D.

## • Der Inhalt

Das Thema: Der BBA-Aktionsplan zur Ausbildungsplatzinitiative 2

Vor Ort: Gespräch mit Reiner Göbel, 1. Bev. IG Metall Koblenz zur Ausbildungsgebührenumlage und ein aktueller Bericht vom letzten BIBB-Hauptausschuss von Klaus Heimann 3

Neue Fortbildungsberufe, Recht, Termine, Link-Service, ... 4



## • Das Thema: Der BBA-Aktionsplan zur Ausbildungsplatzinitiative

Die DGB-Ausbildungsplatzinitiative sieht folgende Aktivitäten auf Ebene der Kammern vor, die vom BBA initiiert werden sollen:

### 1. Neue Ausbildungsbetriebe unterstützen

Kammern sollen erstmals ausbildende Betriebe besser begleiten und in ein „Netzwerk der Neuen“ bei den Kammern einbinden. Die Vertreter der Arbeitnehmer in den Berufsbildungsausschüssen sollen darauf achten und dies einfordern.

#### Maßnahmenvorschlag:

⇒ „Netzwerk der Neuen“ öffentlichkeitswirksam starten.

⇒ Neue Ausbildungsbetriebe mit Netzwerktreffen zu Schwerpunktthemen unterstützen, z.B. wie mache ich eine betriebliche Ausbildungsplanung, Methoden für die Ausbildungspraxis, Ausbildungsnachweise richtig nutzen, Ausbildungsfeedback wichtig für den Azubi und für den Auszubildenden.

### 2. Rückzug von Ausbildungsbetrieben verhindern

Die Berufsbildungsausschüsse sollen darauf drängen, dass bei Betrieben, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, systematisch die Gründe ermittelt werden, um gegensteuern zu können.

#### Maßnahmenvorschlag:

⇒ Aufstellung von Kammer einfordern, welche Betriebe bilden nicht mehr aus und aus welchem Grund. Ggf. muss eine Befragung der Betriebe initiiert werden.

⇒ Ableiten von Maßnahmen um Betriebe zu motivieren weiter auszubilden bzw. wieder auszubilden.

### 3. Neue Betriebe anwerben

Nicht ausbildende Betriebe sollten durch erfahrene Ausbildungsbetriebe über die Chancen und Nutzen informiert werden.

#### Maßnahmenvorschlag:

⇒ Aufbau eines Beraterteams bei den Kammern. Ausbildungsberater bekommen Unterstützung von Ehrenamtlichen, z.B. Ausbilder/innen, Betriebsräte, Ruhestandler.

⇒ Das Beraterteam informiert in persönlichen Gesprächen Inhaber von Unternehmen die bisher

nicht ausbilden über den Nutzen von Ausbildung.

### 4. Prüfungsgebühren

Kammern sollten auf gesondert erhobene Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbildung verzichten. Stattdessen sollten diese Kosten von allen Betrieben mit den Kam-

merbeiträgen übernommen werden (kleine Umlage).

#### Maßnahmenvorschlag:

⇒ Wie bereits in einigen Kammern erfolgt, wird ein Beschluss herbeigeführt, die Gebühren im Zusammenhang mit der Ausbildung (z.B. Prüfung, Vertragsregistrierung) auf alle Betriebe umzulegen.

## • Die 10 Punkte Ausbildungsplatzinitiative des DGB

### 1. Tarifpolitik

Die Gewerkschaften waren und sind bereit, das Instrumentarium der Tarifpolitik zur Verbesserung des Angebots betrieblicher Ausbildungsplätze zu nutzen. Bereits in der Vergangenheit gab es dazu sowohl Zielvereinbarungen über die Steigerung von Ausbildungsangeboten und branchenbezogene Regelungen wie branchenweite Ausbildungsumlagen.

### 2. Betriebliche Arbeitnehmervertretungen

DGB und Gewerkschaften wenden sich an Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten mit dem Ziel, die Unternehmensleitungen aufzufordern, die Ausbildungsaktivitäten der letzten Jahre und die Perspektiven darzustellen und die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Betriebs- und Personalräte werden gebeten, im Kontext von Personalentwicklung und Fachkräftebedarf verbindliche Regelungen zur Erhöhung der Kapazitäten einzufordern.

### 3. Kammern / Berufsbildungsausschüsse

Vier Aktionspunkte sollen in den Berufsbildungsausschüssen gegenüber den Kammern eingefordert werden: Neue Ausbildungsbetriebe unterstützen, Rückzug von Ausbildungsbetrieben verhindern, neue Betriebe anwerben und Prüfungs- und Ausbildungsgebühren in der Kammer umlegen auf alle Betriebe.

### 4. Ausbildungsbegleitende Hilfen (ABH)

In das System der Berufsbildung sollten ABH als Regelangebot integriert werden (fachliche Unterstützung, Deutsch, Mathematik, sozialpädagogische Begleitung). Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe stellen für jeden einzelnen Auszubildenden den Bedarf fest. Träger sowie Berufsschulen, Betriebe oder Ausbildungsstätten bieten die Maßnahmen an. Ergänzende Angebote sollten für schwächere und stärkere Azubis als Regelangebot gemacht werden. Eine enge Kooperation mit Betrieben ist nötig. Personelle Unterstützung der Berufsschulen und Betriebe wie die Ausbildungsassistenz in Österreich wäre sinnvoll, auch bei der Suche nach Alternativen, wenn ein Abbruch der Ausbildung droht.

### 5. Finanzhilfen für KMU bei Verbundausbildung

Für KMU, die im Verbund mit einem anderen Betrieb oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte (regional) ausbilden, sollten direkte Finanzhilfen geleistet werden. Sie sollen gekoppelt werden mit Anforderungen an qualitätssichernde Instrumente. Die Finanzhilfen sollten auch Kosten für externes Ausbildungsmanagement berücksichtigen.

### 6. Anrechnung von Vorqualifikationen

Es sollten solche Alternativen zu BGJ und BVJ entwickelt werden, die keine Warteschleifen sind und damit von den Betrieben als Anrechnungsmodelle akzeptiert werden.

### 7. Schulische Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung

Für die Gewerkschaften hat betriebliche Ausbildung im dualen System Vorrang. Schulische Ausbildungsgänge mit Kammerprüfungen müssen Vorrang vor Warteschleifen haben. Schulische Ausbildungsgänge, die mit Kammerprüfung enden, sollen nach festen Kriterien bezüglich der Praxisanteile ausgestaltet werden.

### 8. Fortbildung von Ausbilder/innen und Berufsschullehrer/innen

Gemeinsame Fortbildung von Ausbilder/innen und Berufsschullehrer/innen sollten forciert werden zur Beförderung der Lernortkooperation und zur Erhöhung der wechselseitigen Akzeptanz.

### 9. Berufs- und Arbeitsweltorientierung

Für Schüler/innen von Sek. I und II soll die Berufs- und Arbeitsweltorientierung systematisch und als festes Angebot in den Unterricht integriert werden (z.B. mehrere Praktika, vertraglich geregelte Kooperation zwischen Schulen und Betrieben, Hilfe bei der Auswahl von Materialien und der Nutzung von Medien). Zwischen Schulen, BA und Partnerbetrieben müssen klare Absprachen getroffen werden. Ein Leitfaden für Betriebsräte zu Praktika soll Hilfestellungen geben.

### 10. Doppelqualifikation: Abitur und duale Ausbildung

Allgemeinbildende Schulen sollten mehr Angebote für eine Doppelqualifikation, Abitur und duale Ausbildung, machen.

## • Vor Ort: Gespräch mit Reiner Göbel, 1. Bev. IG Metall Koblenz zur Ausbildungsgebührenumlage und ein aktueller Bericht vom letzten BIBB-Hauptausschuss von Klaus Heimann

### Reiner, Du bist Mitglied des BBA der IHK Koblenz, Ihr habt die Kammerumlage bereits, wie ist sie zustande gekommen?

Die Umlage der ausbildungsplatzbezogenen Gebühren auf alle Betriebe hat sich über einige Jahre hingezogen. Es fing mit der Streichung der Eintragungsgebühren für Ausbildungsverträge schon vor dem Jahr 2000 an. Schließlich wurden 2003 alle ausbildungsbezogenen Gebühren zusammengefasst und die Ausbildungsgebühren als Kosten nur der Ausbildungsbetriebe gestrichen. Die Gebühren wurden auf alle Betriebe umgelegt. Wer genau der Initiator war, kann ich deshalb gar nicht sagen. Nur wir als Arbeitnehmervertreter im Berufsbildungsausschuss begrüßen diesen Schritt natürlich.

### Wie hoch sind die Ausbildungsgebühren, die auf alle Betriebe umgelegt werden?

Je nach Ausbildungsberuf sind die Ausbildungsgebühren unterschiedlich hoch, sie liegen zwischen 200 - 400 Euro je Auszubildenden. Für den einzelnen Betrieb fällt die Belastung durch die Umlagen kaum ins Gewicht.

### Wie war die Reaktion der Betriebe, hat sich die Umlage auf das Ausbildungsverhalten ausgewirkt?

Ob die Betriebe im Einzelfall durch die Gebühreinsparung einen Ausbildungsplatz mehr angeboten haben oder nicht sei dahin gestellt. Genaue Zahlen lassen sich nicht seriös ermitteln. Fakt ist aber, dass ein Stück mehr Kostengerechtigkeit zwischen den Betrieben die ausbilden und den „Nicht-Ausbildungsbetrieben“ hergestellt wurde und alleine das ist schon mal positiv zu bewerten. Umgekehrt, wieviele Ausbildungsstellen wären ohne Umlage wohl gestrichen worden?

### Wie beurteilst Du die neue Ausbildungsplatzinitiative des DGB?

Die Initiative des DGB und seiner Gewerkschaften ist richtig. Praktische Handlungsanleitungen verlangen ein höheres Maß an Initiative,

Unterstützung und Begleitung. Damit können wir als Gewerkschaften deutlich machen, das wir uns unabhängig von unseren richtigen politischen Forderungen, der gesetzlichen Umlagefinanzierung, natürlich mit zahlreichen Maßnahmen für mehr Ausbildungsplätze engagieren. Gerade unsere Betriebsräte und Jugend- und Auszubildendenvertreter bemühen sich um jeden Ausbildungsplatz.



### Welche Möglichkeiten siehst Du bei der Umsetzung der für den BBA vorgeschlagenen Aktivitäten?

Durch ein Controlling des Initiativprogrammes lässt sich aufzeigen, wo und welche Kammern was für mehr qualifizierte Ausbildung gemacht haben. In diesem Sinne sollte „Berufsbildung aktuell“ (ein Kompliment für die Publikation) fortlaufend informieren.

Persönlich werde ich das Initiativprogramm des DGB für die nächste Sitzung des BBA auf die Tagesordnung setzen lassen. Wir werden dann konkrete Maßnahmen beraten und beschließen.

### Erfahrungen mit der Mitbestimmung - Ein Bericht vom BIBB-Hauptausschuss

Eigentlich wollte das Parlament der Berufsbildung, wie der Hauptausschuss sich gerne nennen lässt, viele richtungsweisende Beschlüsse fassen:



Da war einmal der **Berufsbildungsbericht 2006**. Die Bildungsministerin legt vor und der Hauptausschuss nimmt Stellung: Mehrheitsvotum, Minderheitsmeinung, einstimmiger Beschluss - alles schon da gewesen. Ganz anders diesmal: Die Bildungsministerin schafft es im 36. Jahr des Berufsbildungsberichts nicht, den Entwurf fristgerecht an den Hauptausschuss zu versenden. Logische Konsequenz: Absetzung des Tagesordnungspunktes. Formale Hindernisse gibt es ja auch in vielen BBA.

Zweiter zentraler Punkt der Sitzung: **Neuorganisation des BIBB**. Nach der Verabschiedung des neuen BBiG im April letzten Jahres und nach der Installierung einer komplett neuen Leitung, sollte jetzt der BiBB-Laden umorganisiert werden. Doch dazu kam es dann auch nicht. Warum? Nach der ersten kritischen Lesung der Bänke zum Vorschlag versprach das neue Leitungs-Duo einen neuen Anlauf. Doch der blieb aus - man brauche noch eine Denkpause. Stattdessen haben die Arbeitnehmer im Hauptausschuss einen komplett eigenen Vorschlag zur Reorganisation vorgelegt. Resonanz: Große Überraschung und Verwirrung. Im Mai soll es zu diesem Punkt weitergehen.

Und dann war da noch ein Punkt: Neue Satzung, Geschäftsordnung, Richtlinien für die Gremien des Hauptausschusses. Aber auch hier gab es keine Beschlussfassung. Vertagung bis zum nächsten HA. Warum? Schlechte Vorbereitung, die notwendigen Kompromisse bei solch einem Punkt wurden nicht herbeigeführt.

Außer Spesen nichts gewesen?: Ja und Nein. Gemessen am Anspruch Ja, real dennoch eine bedeutsame Sitzung. Immerhin wurden **12 neue Berufe in die Welt gesetzt**, elf gute, ein schlechter. Und es gab eine bemerkenswerte Vorlage vom BiBB-Mitarbeiter Joachim Gerd Ulrich - Zur Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt - Aktuelle Lage, Intransparenzen und Lösungsmöglichkeiten. Dies ist ein **wirklich schonungsloser Bericht zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt, der lesenswert ist** - wirklich ernsthaft diskutiert wurde er im Hauptausschuss nicht. Veröffentlicht ist er jetzt. Wo? - natürlich bei [www.igmetall-wap.de](http://www.igmetall-wap.de)

Also viel Spaß beim Lesen, die Teilnahme an der Sitzung hat sich gelohnt ... wünscht Euch das Hauptausschussmitglied Klaus Heimann.



## • Laufende Weiterbildungsverfahren

Zu diesen auf Bundesebene laufenden Ordnungsverfahren zu Fortbildungsberufen dürfen keine Kammerregelungen verabschiedet werden:

- ⇒ Technische/r Fachwirt/in
  - ⇒ Technische/r Betriebswirt/in
  - ⇒ Bilanzbuchhalter/in / Controller
  - ⇒ Fachkaufmann/frau Marketing
  - ⇒ Fachkaufmann/frau Außenwirtschaft
- Laufende Ordnungsverfahren im Handwerk auf Meisterebene:

- ⇒ Chirurgiemechanikermeister/in
  - ⇒ Metallblasinstrumentenmeister/in
  - ⇒ Damen- und Herrenschneidermeister/in
  - ⇒ Rolladen- und Jalousiebaumeister/in
  - ⇒ Tischlermeister/in
  - ⇒ Raumausstattermeister/in
  - ⇒ Zahntechnikermeister/in
- Bundesweite anerkannte Fortbildung zwischen Geselle u. Handwerksmeister:
- ⇒ Geprüfte/Geprüften Schließ- u. Sicherungstechniker/in (Handwerk, ev. auch Industrie)
  - ⇒ Geprüfte/Geprüften Zweiradservicetechniker/in

## • Aktuell abgeschlossene Weiterbildungsverfahren

- ⇒ Geprüfter/e Industriemeister/in Fachrichtung Mechanik seit 01.11.05
- ⇒ Geprüfter/e Gestaltungsberater/in im Raumausstatter-Handwerk seit 01.02.06
- ⇒ Geprüfter/e Handelsfachwirt/in seit 01.02.06
- ⇒ Geprüfter/e Industriemeister/in Fachrichtung Textilwirtschaft seit 01.02.06

## • Linkservice

**bwp@** ist eine kostenlose Online-Fachzeitschrift, in der Beiträge aus Theorie und Praxis der Berufs- und Wirtschaftspädagogik publiziert werden. Thema der aktuellen 9. Ausgabe ist „Betrieb als Lernort“.  
[www.bwpat.de](http://www.bwpat.de)



## Termine

**IG Metall Fachkonferenz für Betriebsräte und Bildungsfachleute der Automobilbranche „Haben Taylorismus und Miniberufe Zukunft?“**, 17.05.06, Leipzig, Info: [gabi.hurtig@igmetall.de](mailto:gabi.hurtig@igmetall.de)

**Ausbilderfachtagung der IG Metall**, 30. bis 31.05.06, Magdeburg, Info: [gabi.hurtig@igmetall.de](mailto:gabi.hurtig@igmetall.de)

## Impressum

**Berufsbildung aktuell, Herausgeber:** Dr. Regina Görner, **Briefanschrift:** 60519 Frankfurt/Main, **Hausanschrift:** Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/Main, **E-Mail:** [thomas.ressel@igmetall.de](mailto:thomas.ressel@igmetall.de), **Telefon:** (069) 6693-2804, **Telefax:** (069) 6693-80-2804, **V.i.S.d.P.:** Dr. Klaus Heimann



## • Recht

### IHK-Mitarbeiter verkauft Prüfungsaufgaben

Nach bundesweiten Betrugsfällen von Berufsschülern mit Prüfungsunterlagen ist erstmals ein IHK-Mitarbeiter in Duisburg aufgefliegen. Über Monate hinweg soll der 32-jährige Prüfungsunterlagen zum Verkauf angeboten haben. Er sei bereits am Mittwoch wegen des Verdachts der Korruption festgenommen und nach einem Teilgeständnis wieder freigelassen worden, teilten Staatsanwaltschaft und Polizei Bochum gestern mit. Der Dortmunder soll vor den halbjährigen IHK-Prüfungen die Aufgaben angeboten haben. Die Fragen für die bundeseinheitlichen Prüfungen Anfang März wurden laut IHK bereits ersetzt. Der Schaden beträgt schätzungsweise 30.000 Euro.

Bislang gab es Fälle unter anderem in Siegen, in denen Berufsschüler IHK-Prüfungsunterlagen aus unbekannter Quelle gekauft hatten. Ihre Prüfungen mussten wiederholt werden. Zudem seien immer wieder Prüfungsaufgaben im Internet entdeckt worden. Laut IHK gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass im Fall des 32-jährigen Dortmunders erkaufte Aufgaben in Prüfungen angewandt worden sind. Der Mann war auf Verdacht der Kammer mittels eines Scheingeschäftes überführt worden. Bei Durchsuchungen der Wohnung der Verdächtigten sowie mehrerer seiner Kunden wurde laut Polizei Beweismaterial sichergestellt. Die Ermittlungen gegen die Betroffenen laufen.

BBaktuell fragt sich: Legt der DIHK nun gegenüber den IHK den gleichen Maßstab an wie bei den Arbeitnehmervertretern in Prüfungsausschüssen? Letztere bekommen die Aufgaben nicht, da sie ja gegen die Geheimhaltung verstoßen könnten.



## Die Zahl des Tages

**3.016**

User nutzen das Berufsbildungsnetzwerk der IG Metall  
[www.igmetall-wap.de](http://www.igmetall-wap.de)

## • Die Ecke ...

### Gesichtsverlust

Der Vorwurf des „Grimassenschneidens“ führt nicht zur Befangenheit eines Prüfers. Das entschied das Finanzgericht Rheinland-Pfalz in Neustadt a. d. Weinstraße. Demnach muss ein Prüfling bei falschen oder abwegigen Antworten mit einer solchen Situation fertig werden. Denn schließlich sei mit solchen Reaktionen auch im späteren Berufsleben zu rechnen (Az.: 2 K 1410/05).

Das Gericht wies mit seinem noch nicht rechtskräftigen Urteil die Klage einer angehenden Steuerberaterin ab. Sie hatte sich dagegen gewandt, dass sie durch die Steuerberater-Prüfung gefallen war. Unter anderem behauptete sie, einer der Prüfer habe bei ihren Antworten ständig Grimassen geschnitten. Dies habe sie irritiert und ihre Prüfungsleistungen negativ beeinflusst. Das Gericht fand, die Klägerin habe übersensibel reagiert.  
*FR, 01.02.2006*